

Blickpunkt



Landtag



Informationen und Nachrichten

aus dem Landtag für Sie und den Kreis Warendorf



Liebe Leserinnen und Leser,

sieben Bundesländer schreiben inzwischen schwarze Zahlen – nur Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen will nicht sparen. 60 Prozent des Minus aller Bundesländer entfällt auf Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung macht trotz höchster Steuereinnahmen 3,5 Milliarden Euro neue Schulden in 2013. Eigene Sparvorschläge haben SPD und Grüne bislang nicht gemacht. Grundlegende Strukturverbesserungen durch Schul- und Polizeiverwaltungsassistenten lehnt Rot-Grün ebenfalls ab. Im Haushalt 2014 will Rot-Grün noch einen draufsetzen: 3,3 Milliarden Euro neue Kredite, obwohl 2,1 Milliarden Euro zusätzliche Steuern erwartet werden. Damit ist offensichtlich: Rot-Grün will die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse nicht einhalten. Damit schwächt die Regierung Kraft die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben Anspruch auf eine verantwortliche Politik und nicht auf hemmungslose Schuldenmacherei. Die CDU-Landtagsfraktion hat mit ihrem „Sanierungsprogramm 2013-2020“ konkrete Vorschläge vorgelegt, wie der Landeshaushalt mittelfristig in Ordnung gebracht und die Schuldenbremse erreicht werden kann.

Ihre

Astrid Birkhahn



10c der Bischöflichen Realschule Warendorf besucht den Landtag

Mit der Klasse 10c konnte Astrid Birkhahn MdL vor kurzem erneut Schülerinnen und Schüler der Bischöflichen Realschule Warendorf im Landtag begrüßen. Die Jugendlichen konnten zunächst die Plenarsitzung verfolgen und hatten im Anschluss Gelegenheit, eine Stunde lang ihrer Abgeordneten Fragen zu stellen. Die Klasse war gut vorbereitet und wollte unter anderem wissen, ob die politische Arbeit im Kreis oder im Landesparlament spannender ist. Birkhahn erklärte, dass einige Themen auf kommunaler Ebene schneller durchzusetzen sind als auf Landesebene, wo sich kontrovers diskutierte Themen wie beispielsweise die Dichtheitsprüfung über Monate hinziehen können. Interessiert waren die Jugendlichen auch daran, woher ihre Abgeordnete Informationen über verschiedene Sachthemen erhält und wie sie mit dem Abstimmungsdruck innerhalb der eigenen Fraktion umgeht.

Allen Leserinnen und Lesern

wünsche ich eine frohe und gesegnete Osterzeit.



Dichtheitsprüfung: Rot-Grünes Gesetz kommt die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Warendorf teuer zu stehen

Mit Unverständnis und harter Kritik hat die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn aus Everswinkel auf die Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Landeswassergesetzes reagiert. „Dieses Gesetz zur Dichtheitsprüfung kommt die Bürgerinnen und Bürger teuer zu stehen“, stellte die CDU-Politikerin fest. Sie hat im Landtag gegen den Gesetzentwurf der rot-grünen Landesregierung gestimmt. Von der Neuregelung sind vor allem die Hausbesitzer in Wasserschutzgebieten betroffen: „Der rot-grüne Gesetzesentwurf sieht hier die zwingende Dichtheitsprüfung aller privaten Abwasserleitungen in Trinkwasserschutzgebieten vor“, erläuterte die CDU-Abgeordnete. Diese Maßnahme wird die Eigentümer mit bis zu 2.000 Euro belasten und muss für die vor 1965 errichteten Häuser bis zum 31. Dezember 2015 und für alle anderen Gebäude bis zum 31. Dezember 2020 durchgeführt werden. Im Einzelfall können sogar Sanierungskosten bis zu 20.000 Euro entstehen.

Astrid Birkhahn wies darauf hin, dass das Gesetz die Städte und Gemeinden darüber hinaus ermächtigt, auch außerhalb von Wasserschutzgebieten die Einzelheiten der Zustands- und Funktionsfähigkeitsprüfung für alle Abwasseranlagen zu regeln. Dadurch werde die Verunsicherung in der Bevölkerung zunehmen, denn die rot-grüne Landesregierung könnte weitere Trinkwasserschutzgebiete ausweisen und die Kommunen könnten eigene Prüfpflichten einführen. „Dadurch wälzt die Landesregierung die Verantwortung auf die Kommunen ab. Ich habe jedoch großes Vertrauen in die Räte der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf, damit im Sinne der Bürgerinnen und Bürger umzugehen und keine unzumutbaren Belastungen zu beschließen“, sagte die Abgeordnete.

Experten hätten festgestellt, dass von privaten Abwasserleitungen keine Gefahr für die Umwelt ausgehe, weswegen die generelle Pflicht zur Überprüfung eine unnötige Kostenbelastung für die Haushalte darstelle. „Es gibt bislang keinen Nachweis zwischen Grundwasserunreinigungen und häuslichen Abwässern“, sagte Birkhahn.

„Die Neuregelungen zur Dichtheitsprüfung sind vor allem mit Blick auf die gravierenden Konsequenzen nicht nachvollziehbar“, so die Landtagsabgeordnete weiter. Denn bei geringfügigen Schäden muss nicht saniert werden, bei mittleren Schäden innerhalb von zehn Jahren und nur bei Einsturzgefahr sofort.

Die CDU hatte gegen den Gesetzentwurf von Rot-Grün ein klares und bürgerfreundliches Konzept zur Dichtheitsprüfung vorgelegt. Astrid Birkhahn: „Abwasserrohre müssen dicht sein. Zugleich setzen wir auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Daher vertreten wir auch weiter die Position, dass eine Prüfung von privaten Abwasserkanälen nur dann durchgeführt werden muss, wenn ein begründeter Verdacht besteht, dass sie undicht sind.“ Doch dieses Konzept ging der rot-grünen Landesregierung nicht weit genug.

Aufgrund der tiefen Einschnitte in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger durch die bevorstehende Dichtheitsprüfung wurde auf Antrag der CDU namentlich abgestimmt, so dass für jeden Bürger deutlich wird, wie die einzelnen Abgeordneten entschieden haben. „Die örtliche SPD-Abgeordnete Annette Watermann-Krass hat die Sorgen und Befürchtungen der Menschen im Kreis Warendorf nicht ernst genommen. Sie ist für die rot-grüne Dichtheitsprüfung mitverantwortlich“, so Birkhahn. Die heimische CDU-Abgeordnete stimmte gegen die Einführung der rot-grünen Dichtheitsprüfung.

Bahnstrecke Münster – Lünen: Chancen für ein zweites Gleis nicht verspielen

**CDU-Landtagsabgeordnete im
Gespräch mit Markus Pieper MdEP**



Zu einem intensiven Gedankenaustausch trafen sich in diesen Tagen im NRW-Landtag die CDU-Abgeordneten Ina Scharrenbach (Kreis Unna), Astrid Birkhahn und Henning Rehbaum (Kreis Warendorf) und Werner Jostmeier (Kreis Coesfeld) mit dem Europaabgeordneten Dr. Markus Pieper. Bei dem Gespräch ging es auch darum, wie der Bau des zweiten Gleises an der Bahnstrecke Münster-Lünen weiter vorangetrieben werden kann. Einig war sich die Runde darin, das Projekt Zweigleisigkeit Münster-Lünen weiterhin gemeinsam und mit aller Stärke voranzutreiben und dazu Gespräche auf allen Entscheidungsebenen zu führen.

Bildunterschrift (v.l.n.r.):

Henning Rehbaum MdL (Kreis Warendorf), Ina Scharrenbach (Kreis Unna), Dr. Markus Pieper MdEP, Astrid Birkhahn MdL (Kreis Warendorf), Werner Jostmeier MdL (Kreis Coesfeld)

Impressum Blickpunkt Landtag
für den Wahlkreis Warendorf I
Astrid Birkhahn MdL (v.i.s.d.P.)

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Telefon: 0211 - 884 - 2744

Telefax: 0211 - 884 - 3346

E-Mail: astrid.birkhahn@landtag.nrw.de

www.astrid-birkhahn.de

„8. Schulrechtsänderungsgesetz als Chance für den Kreis Warendorf“

Astrid Birkhahn und Landtagsfraktion legen Info-Flyer
vor

Das 8. Schulrechtsänderungsgesetz bietet viele Chancen und eröffnet den Kommunen im Kreis Warendorf neue Perspektiven. „Das Gesetz ermöglicht unseren Städten und Gemeinden, bezüglich ihrer Grundschulen auf den demografischen Wandel und zurückgehende Schülerzahlen schnell und angemessen zu reagieren“, erklärt Astrid Birkhahn. Im Schulkonsens seien nicht zuletzt auf Einwirken der CDU die Weichen gestellt worden, dass Grundschulen im Dorf erhalten bleiben, so die heimische Abgeordnete. Für eine Kommune sei wichtig, jungen Familien vor Ort ein Grundschulangebot bieten zu können.

Noch ist die Verunsicherung bei Kommunen und Schulträgern über die genauen Vorgaben und Richtlinien des 8. Schulrechtsänderungsgesetzes groß. Die CDU-Landtagsfraktion hat daher einen Flyer entwickelt, der die wesentlichen Informationen zu den neuen Kennzahlen des Schulgesetzes enthält. Birkhahn: „Wie viele Schüler müssen mindestens in einer Grundschulklasse sein, und müssen Teilstandort und Hauptsitz ein einheitliches Konzept vorlegen? Diese und andere Kernfragen beantworten wir darin kompakt und verständlich.“

Im Kreis Warendorf werden genau diese Themen zurzeit intensiv diskutiert. Aufgrund rückläufiger Schülerzahlen muss die Grundschullandschaft, beispielsweise in Telgte und Ennigerloh, neu gestaltet und angepasst werden. Hier hilft unter anderem das Instrument der kommunalen Klassenrichtzahl, das heißt die jährliche Festlegung der Eingangsklassen, die flexibel angepasst werden kann.

„Nicht nur starre Elemente wie Eingangsklassenzahl und Klassengröße sind bei der Neugestaltung unserer Grundschullandschaft entscheidend, sondern auch flexible pädagogische Konzepte und Strategien sind Gestaltungsinstrumente, die wir brauchen. Vorfahrt für kleine Grundschulen heißt: Vorfahrt für flexible Lösungen“, so Astrid Birkhahn abschließend.

Pakt für den Sport mit der Landesregierung vorerst gescheitert

Als „schwere Belastung für die Arbeit der Sportvereine und Sportverbände in der Region“ bezeichnet die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn die von der rot-grünen Landesregierung vorgesehene Kürzung der Mittel für den Landessportbund Nordrhein-Westfalen. In dem Dachverband sind die Vereine des Breitensports organisiert. Jetzt ist bekannt geworden, dass die Landeszuschüsse um eine Million Euro gekürzt und die Lotterierlöse um zwei Millionen Euro reduziert werden. „Damit ist klar: Rot-Grün hat die mit dem »Pakt für den Sport« gegebenen Zusagen gegenüber der Spitzenorganisation nicht eingehalten“, so Astrid Birkhahn.

Für den Kreis Warendorf würden nach Auskunft des Kreissportbundes vor allem die Projekte „Bewegungskindergarten“ und „Sport der Älteren“ betroffen sein.

„Scheinbar waren alle Sprüche im Wahlkampf nur hohles Gerede“, so Birkhahn. „Schon vor der Landtagswahl war die schwierige finanzielle Lage des Landes klar. Dann dürfen eben keine leichtfertigen Versprechungen abgegeben werden – schon gar nicht das Versprechen einer langfristigen und verlässlichen Finanzierung.“

Aus Sicht der heimischen Abgeordneten müssten im Haushalt trotz der angespannten Lage die richtigen Prioritäten gesetzt werden: „Insgesamt kann es nicht mehr Geld geben, aber statt in Prestigeprojekte zu investieren, muss sich der Breitensport auf wirksame Förderung verlassen können.“ Die Kürzung der Fördermittel könne rückgängig gemacht werden, wenn die Prioritäten im Haushalt entsprechend umgeschichtet werden. „Das wäre das richtige Signal an den Breitensport und die vielen Ehrenamtlichen, die hier aktiv sind“, erklärt Astrid Birkhahn, die Beauftragte für das Ehrenamt der CDU-Landtagsfraktion.

Inklusion und Veränderung der Schullandschaft

Zu einem allgemeinen Gedankenaustausch war die heimische CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn jetzt zu Gast in der Bezirksregierung Münster. In dem rund einstündigen Gespräch mit Regierungsvizepräsidentin Dorothee Feller ging es unter anderem um die Themen Inklusion und 8. Schulrechtsänderungsgesetz. Beide Seiten betonten die Wichtigkeit eines derartigen Austauschs über aktuelle Themen auf Kommunal- und Landesebene.



Bildunterschrift

Astrid Birkhahn MdL (r.) zu Gast in der Bezirksregierung Münster bei Regierungsvizepräsidentin Dorothee Feller (l.)

PTA-Schulen benötigen finanzielle Planungssicherheit

Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich in den Haushaltsberatungen dafür ein, dass das Land die Ausbildung der Pharmazeutisch-Technischen Assistenten (PTA) auch weiterhin finanziell unterstützt. Die rot-grüne Landesregierung will den Zuschuss in Höhe von 500.000 Euro streichen. Nach Ansicht der CDU-Fraktion ist es nicht hinnehmbar, dass Rot-Grün im vorseilenden Gehorsam Fördermittel streicht, wenn den Apothekerkammern zugleich die rechtliche Grundlage fehlt, einen eigenen Beitrag zu den Ausbildungskosten zu leisten. Dieses Vorgehen verunsichert alle Beteiligten. Hier muss umgehend Planungssicherheit geschaffen werden. Zugleich zeigt der Vorgang erneut, dass die Landesregierung mit zweierlei Maß misst: Durch die Streichung der Studienbeiträge kann ein angehender Apotheker kostenfrei an einer Universität studieren. Auf der anderen Seite sollen die PTA-Lehrlinge künftig tiefer in die Tasche greifen, um sich ihre Ausbildung selbst zu finanzieren. Mit Gerechtigkeit hat dies nichts zu tun.
